

## Niederschrift

über die 33. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 07.05.2014  
(10. Wahlperiode)

## Tag es ordnung

Seite

<b>Öffentliche Sitzung</b> .....	5
<b>1</b> Lärmaktionsplanung Vorlage: FB1/720/2014.....	5
<b>2</b> Abfallaufkommen in der Stadt Meerbusch im Jahr 2013 Vorlage: FB1/245/2014.....	6
<b>3</b> Ausbau der Straße "Am Oberbach/Rheindamm" in Meerbusch-Langst - Ausbaubeschluss nach Bürgeranhörung und Neuplanung Vorlage: FB5/797/2014.....	6
<b>3.1</b> Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.04.2014 zur Straßensanierung Am Oberbach in Meerbusch-Langst Vorlage: FB5/104/2014.....	7
<b>3.2</b> Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW zum Ausbau der Straße "Am Oberbach" zwischen dem Abknick "Rheindamm" und dem Langenbruchbach" zu einem "verkehrsberuhigten Bereich" .....	7
<b>4</b> Abschluss einer Vereinbarung mit der Stadt Düsseldorf zum Bau der Verlängerung Böhlerstraße Vorlage: FB5/796/2014 .....	7
<b>4.1</b> Anfrage der SPD-Fraktion vom 31.03.2014 zum Ausbau der Böhlerstraße Vorlage: FB5/0001/2014 .....	8
<b>5</b> Südliche Holzbrücke am Latumer See Vorlage: SB11/248/2014.....	9
<b>6</b> Anträge.....	9
<b>6.1</b> Antrag des Ratsherrn Müller (Zentrum) vom 23.01.2014 im Rahmen einer gemeinsamen Initiative mit der SPD-Fraktion zur Aktualisierung der Verkehrsfrequenz der Linie U 76 im Rahmen des ÖPNV auf dem Gebiet der Stadt Meerbusch Vorlage: FB5/161/2014.....	9
<b>6.2</b> Antrag der FDP-Fraktion vom 11.03.2014 zum Fußweg zwischen Buschstraße und Mönkesweg; hier: trittfester Belag Vorlage: FB5/162/2014 .....	10
<b>6.3</b> Antrag der UWG-Fraktion vom 19.03.2014 bez. Einrichtung einer Tempo-30-Zone auf der Theodor-Hellmich-Straße in Meerbusch-Büderich Vorlage: FB5/165/2014.....	10

6.4	Antrag der UWG-Fraktion vom 20.03.2014 bez. Errichtung Fahrradständer im Bereich Alter Markt in Meerbusch-Lank-Latum Vorlage: FB5/166/2014 .....	11
6.5	Antrag der FDP-Fraktion vom 11.03.2014 zur Umwandlung der sog. Hunde-Wiese in Strümp in ein Bürgerwäldchen Vorlage: SB11/163/2014 .....	11
6.6	Antrag der SPD-Fraktion vom 21.04.2014 bez. Standortkriterien Konverter Vorlage: FB1/168/2014 .....	12
6.6.1	Anfrage der FDP-Fraktion vom 05.05.2014 zum 1. Entwurf des Netzentwicklungsplanes (NEP) 2014 Vorlage: FB1/105/2014 .....	13
6.7	Anfrage und (Eil-)Antrag der FDP-Fraktion vom 04.05.2014 zur Entschleunigung im Bereich Xantener Straße, Strümp, Höhe Blinden- und Sehbehindertenzentrum Vorlage: FB5/169/2014 .....	13
7	Anfragen .....	14
7.1	Anfrage der UWG-Fraktion vom 19.03.214 bez. Sicherheit der Fahrradwege im Meerbuscher Stadtgebiet Vorlage: FB5/101/2014.....	14
7.2	Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.03.2014 zu den Maßnahmen auf der Dorfstraße in Meerbusch-Büderich Vorlage: FB5/102/2014 .....	15
8	Bericht der Verwaltung .....	15
9	Termin der nächsten Sitzung: 03. September 2014 .....	15
10	Verschiedenes .....	16
10.1	Schwerlastverkehr auf der Rottfeldstraße .....	16
10.2	Parkplatz am Modellflugplatz .....	16
10.3	Gefahrenstelle auf der Lötterfelder Straße .....	16
10.4	Arbeitsgruppe Flugrouten .....	16
10.5	Nutzung des Rheindamms durch Fußgänger und Fahrradfahrer .....	17
10.6	Holzbänke auf dem Platz am Schmitterhof.....	17

Sitzungsort: Bürgerhaus, Wittenberger Straße 21, 40668 Meerbusch-Lank, Raum 103 im 1. OG

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:40 Uhr

Anwesend:

**Vorsitzender**

Herr Thomas Gabernig Ratsmitglied

**von der CDU-Fraktion**

Herr Hans Jürgen Denecke Ratsmitglied

Herr Andreas Hoppe Ratsmitglied

Herr Leo Jürgens Ratsmitglied

Herr Daniel Meffert Ratsmitglied

Herr Dr. Felix Nieberding Sachkundiger Bürger

Frau Gabriele Pricken Ratsmitglied

Vertretung für Herrn M.A. Mike Kunze

bis 20:30 Uhr, während TOP 8

Vertretung für Herrn Heinz Berend Jansen

Herr Dr. Harald von Canstein Sachkundiger Bürger

**von der FDP-Fraktion**

Frau Katja Giesen Ratsmitglied

Herr Jörg Schleifer Ratsmitglied

Vertretung für Herrn Dr. Bernd Schumacher-Adams

Herr Christian Welsch Sachkundiger Bürger

**von der SPD-Fraktion**

Herr Dirk Banse Sachkundiger Bürger

Herr Rainer Grund Ratsmitglied

Frau Heidemarie Niegeloh Ratsmitglied

**von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Herr Jürgen Peters Ratsmitglied

Vertretung für Herrn Guido Fliege

Herr Joachim Quaß Sachkundiger Bürger

Vertretung für Herrn Christof Behlen

**von der UWG-Fraktion**

Herr Heinrich Weyen Sachkundiger Bürger

Vertretung für Herrn Andreas Brauer

**Stellv. beratendes Mitglied**

Herr Christoph Hauke beratendes Mitglied Zentrum

**von der Verwaltung**

Frau Angelika Mielke-Westerlage Erste Beigeordnete

Herr Heiko Bechert Bereichsleiter Fachbereich 1

Herr Michael Betsch Bereichsleiter Servicebereich 11

Frau Dana Frey Fachbereich 1

Frau Anke Hartl Fachbereich 5

Herr Detlev Horn Fachbereich 1

Herr Rolf Reinecke Rechnungsprüfungsamt

Herr Michael Reschke SB 11

Herr Wolfgang Trapp Bereichsleiter Fachbereich 5

es fehlen:

**von der CDU-Fraktion**

Herr Heinz Berend Jansen

Sachkundiger Bürger

Herr M.A. Mike Kunze

Ratsmitglied

**von der FDP-Fraktion**

Herr Dr. Bernd Schumacher-Adams

Ratsmitglied

**von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Herr Christof Behlen

Sachkundiger Bürger

Herr Guido Fliege

Ratsmitglied

**von der UWG-Fraktion**

Herr Andreas Brauer

Sachkundiger Bürger

**Beratendes Mitglied**

Herr Carl Shroeter

beratendes Mitglied

Der Vorsitzende Ratsherr Gabernig eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde.

Zu TOP 3 - Ausbau der Straße „Am Oberbach/Rheindamm“- teilt er mit, dass nachträglich noch die Bürgeranregung zu der Straße „Am Oberbach“ vom 19.04.2014 und das Schreiben der Anlieger zu der Straße „Rheindamm“ vom 24.04.2014 an die Mitglieder des Bau- und Umweltausschusses versendet wurden. Der Vorsitzende schlägt vor, den TOP 3 und die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unter TOP 3.1 zu vertagen, da die Bürgeranregung nach § 24 GO zunächst im Beschwerdeausschuss behandelt werden soll.

*Anmerkung der Schriftführerin: Unter den TOPs 3 und 3.1 ist die Vertagung jeweils als Beschluss in der Niederschrift dokumentiert.*

Er verweist auf die Tischvorlagen:

- der SPD-Fraktion vom 31.03.2014, Anfrage zum Ausbau der Böhlerstraße. Diese Anfrage wäre unter TOP 4 zu behandeln
- der FDP-Fraktion vom 04.05.2014, Anfrage und (Eil-)Antrag zur Entschleunigung im Bereich Xantener Straße, Strümp, Höhe Blinden- und Sehbehindertenzentrum mit weiteren Anlagen. Dieser Antrag wäre unter TOP 6.7 zu behandeln.
- der FDP-Fraktion vom 05.05.2014, Anfrage zur Stellungnahme der Verwaltung zum 1. Entwurf des Netzentwicklungsplans (NEP) 2014. Diese Anfrage wäre unter TOP 7.3 zu behandeln.

*Anmerkung der Schriftführerin: Zu einem späteren Zeitpunkt der Sitzung ergibt sich aus der Diskussion, die Anfrage der FDP-Fraktion vom 05.05.2014, Anfrage zur Stellungnahme der Verwaltung zum 1. Entwurf des Netzentwicklungsplans (NEP) 2014 inhaltlich zusammen mit TOP 6.6 nunmehr unter neuem TOP 6.6.1 zu behandeln.*

Der Bau- und Umweltausschuss ist damit einvernehmlich einverstanden

Der Vorsitzende verpflichtet den sachkundigen Bürger Harald von Canstein der CDU-Fraktion.

## **Öffentliche Sitzung**

### **1        Lärmaktionsplanung           Vorlage: FB1/720/2014**

#### **Beschluss:**

Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt dem Rat den Lärmaktionsplan der Stadt Meerbusch zu beschließen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Herr Bechert berichtet, dass der Entwurf des Lärmaktionsplans veröffentlicht wurde und die Beteiligung der Öffentlichkeit bis zum 03.01.2014 möglich gewesen sei. Es seien jedoch keine Anregungen und Stellungnahmen eingegangen.

Bezüglich des durch den Eisenbahnverkehr verursachten Lärms weist er darauf hin, dass sämtliche Maßnahmen zur Reduzierung der Lärmbelastung nicht im Zuständigkeitsbereich der Stadt Meerbusch, sondern des Eisenbahn Bundesamtes lägen. Dennoch habe die Verwaltung in den Lärmaktionsplan die Forderung an den Bund aufgenommen, das Ziel aus dem Koalitionsvertrag, den Schienenlärm bis 2020 zu halbieren, konsequent zu verfolgen und möglichst noch zeitnäher umzusetzen als geplant.

Die größte Lärmbelastung für das Stadtgebiet gehe vom Flugverkehr aus. Deshalb habe die Verwaltung den Entwurf des Lärmaktionsplans diesbezüglich ergänzt. Nun beinhalte der Lärmaktionsplan unter dem Punkt „Maßnahmen zur Lärminderung“ die eindeutige Ablehnung der Stadt Meerbusch zu jeder Änderung der Betriebsgenehmigung des Flughafens, die zu zusätzlichem Flugverkehr führt.

Einige Fraktionen vermissen im Lärmaktionsplan konkrete Maßnahmen, die sich auf die Begebenheiten in Meerbusch beziehen. Sie fordern dieses bei der Erstellung des nächsten Lärmaktionsplans in der neuen Ratsperiode. Herr Bechert bietet eine ausführliche Beratung zum Thema Lärmschutz in Meerbusch im Bau- und Umweltausschuss und eine entsprechende Diskussion mit Bürgern an. Gegebenenfalls könne eine Sondersitzung des Bau- und Umweltausschusses stattfinden.

Sachkundiger Bürger Weyen fragt, ob der Fragenkatalog der FDP-Fraktion vom 07.04.2014 (*s. Bau- und Umweltausschuss v. 09.04.2014, TOP 1*) inzwischen von der Deutschen Flugsicherung (DFS) beantwortet wurde. Herr Bechert verneint diese Frage. Die Antwort werde jedoch in Kürze erwartet und bei rechtzeitigem Eingang der Niederschrift beigelegt.

*Anmerkung der Schriftführerin: Die Antwort der DFS liegt inzwischen vor und ist als Anlage beigelegt.*

## **2 Abfallaufkommen in der Stadt Meerbusch im Jahr 2013** **Vorlage: FB1/245/2014**

Frau Frey verweist auf die Zahlen in der Informationsvorlage. Sie trägt vor, dass in der Stadt Meerbusch im Jahr 2013 weiterhin im Kreisvergleich ein niedriges Restabfallaufkommen entstanden sei. Die Preise für die Abfallentsorgung blieben weiterhin stabil.

Der Bau- und Umweltausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

## **3 Ausbau der Straße "Am Oberbach/Rheindamm" in Meerbusch-Langst - Ausbaubeschluss nach Bürgeranhörung und Neuplanung** **Vorlage: FB5/797/2014**

### **Beschluss:**

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt die Entscheidung über die Grundsanierung der Straße „Am Oberbach/Rheindamm“ in Meerbusch-Langst zu vertagen. Zunächst soll die Bürgeranregung nach § 24 GO im nächsten Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss behandelt werden.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

*Anmerkung der Schriftführerin: Das Schreiben der Anwohner „Rheindamm 23“ vom 24.04.2014 ist als Anlage beigefügt.*

**3.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.04.2014 zur Straßensanierung Am Oberbach in Meerbusch-Langst  
Vorlage: FB5/104/2014**

**Beschluss:**

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, den Tagesordnungspunkt zu vertagen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**3.2 Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW zum Ausbau der Straße "Am Oberbach" zwischen dem Abknick "Rheindamm" und dem Langenbruchbach" zu einem "verkehrsberuhigten Bereich"**

Die Behandlung der Bürgeranregung wurde vertagt.

*Siehe Beschluss zu TOP 3*

*Anmerkung der Schriftführerin: Die Bürgeranregung ist als Anlage beigefügt. Die Unterschriftenliste zur Bürgeranregung ist dem nicht öffentlichen Teil beigefügt.*

**4 Abschluss einer Vereinbarung mit der Stadt Düsseldorf zum Bau der Verlängerung Böhlerstraße  
Vorlage: FB5/796/2014**

**Beschluss:**

Der Bau- und Umweltausschuss vertagt die Entscheidung über den Abschluss einer Vereinbarung mit der Stadt Düsseldorf zum Bau und Betrieb der Verlängerung der Böhlerstraße auf der Grundlage der unter „Sachverhalt“ aufgeführten Eckpunkte 1 bis 10 in den Rat der Stadt Meerbusch.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Herr Trapp weist auf die Tischvorlage (*TOP 4.1 Anfrage der SPD-Fraktion vom 31.03.2014 zum Ausbau der Böhlerstraße, Vorlage FB5/0001/2014*) hin. Die Stellungnahme des Bürgermeisters zu den Fragen der SPD-Fraktion sei beigefügt. Die SPD-Fraktion betrachtet die Anfrage damit als erledigt.

Im weiteren Verlauf erläutert er ausführlich die Planung des Ausbaus der Verlängerung der Böhlerstraße. Er erklärt, dass derzeit lediglich ein zweispuriger Ausbau erfolgen werde. Der Bau der U 81 sei momentan noch nicht absehbar. Der Plan zur Verlängerung der Böhlerstraße stünde dem jedoch nicht entgegen, da dieser eine Trassenführung für die Stadtbahnlinie in weiten Teilen berücksichtige.

Herr Trapp informiert darüber, dass die Verwaltungsvereinbarung erforderlich sei, damit in der Stadt Düsseldorf bis zum Jahresende die erforderlichen Beschlüsse zur Umsetzung des Vorhabens gefasst werden können. Das sei Voraussetzung dafür, dass 2015 mit dem Bau begonnen werden könne. Im Übrigen sei der Abschluss der Vereinbarung ein wichtiges Signal nach außen im Sinne einer zeitnahen Umsetzung des Vorhabens.

Wesentlicher Gegenstand der Vereinbarung sei, dass sämtliche Planungs- und Baukosten hälftig zwischen der Stadt Meerbusch und der Stadt Düsseldorf geteilt werden. Bei den Unterhaltungskosten werde jedoch ein weitaus geringerer Anteil auf die Stadt Meerbusch entfallen, da lediglich der Abschnitt Krefelder Str. bis Böhlerwerk in der Baulast der Stadt Meerbusch läge.

Herr Trapp weist darauf hin, dass eine überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 841.000,- € beantragt werden müsse. Im Haushaltsplan 2014 seien Mittel in Höhe von 2,2 Mio. € veranschlagt. Für die Folgejahre müsse der Rat 0,341 Mio. € bereitstellen und die Verpflichtungsermächtigung für 2014 um 841.000,- € erhöhen.

Auf Nachfrage begründet Herr Trapp die Steigerung der Gesamtkosten mit erhöhten Kosten für die Verlegung einer Gasleitung und den externen Planungskosten, die nicht in den bisher veranschlagten Baukosten enthalten seien und von denen die Stadt Meerbusch jeweils die Hälfte zu tragen habe. Diese Anteile seien nunmehr in den Kosten in Höhe von ca. 2,541 Mio. € enthalten.

Die CDU-, SPD- und FDP-Fraktion erklären, dass in Anbetracht der Größenordnung der finanziellen Auswirkung, der Beschluss über die Verwaltungsvereinbarung mit der Stadt Düsseldorf in der Ratssitzung am 15.05.2014 gefasst werden solle. Die Verwaltung wird aufgefordert, für die Ratssitzung die Folgekosten darzulegen. Herr Trapp sagt dieses zu.

**4.1 Anfrage der SPD-Fraktion vom 31.03.2014 zum Ausbau der Böhlerstraße  
Vorlage: FB5/0001/2014**

Die Anfrage wurde unter TOP 4 behandelt.

*Anmerkung der Schriftführerin: Die Anfrage ist als Anlage beigefügt.*

## **5 Südliche Holzbrücke am Latumer See** **Vorlage: SB11/248/2014**

Herr Betsch trägt vor, dass ein Gutachten ergeben habe, dass die Brücke am südlichen Ende des Latumer Sees erhebliche Schäden – insbesondere durch Fäulnis – aufweise. Dieses mache es kurzfristig erforderlich, durch Pilz befallene Bohlen und korrodierte Zugstäbe auszutauschen. Die Kosten dafür seien auf ca. 6.000,-€ geschätzt.

In einem Zeitraum von ein bis drei Jahren sei mit Kosten in Höhe von weiteren 31.000,- € zu rechnen. Er erklärt anhand von Fotos, dass ein Austausch der von Pilz befallenen Längs- und Querträger nötig sei.

Herr Betsch führt aus, dass die Brücke zuletzt 2011 saniert worden sei. Die Kosten dafür betragen rd. 4.600,- €. Die Brücke sei 1988 mit Herstellkosten in Höhe von ca. 66.000,-DM erstellt worden.

Er schlägt vor, die Brücke abzubauen, da Sanierungsmaßnahmen auch in Anbetracht des Gesamtzustands der Brücke unwirtschaftlich seien. Den Verlust der Brücke als Aussichtspunkt hält er für vertretbar, da es an drei weiteren Stellen am See Aussichtsplattformen gäbe. Der Rundweg um den See würde sich nur unerheblich verlängern.

Auf die Frage von Ratsherrn Jürgens antwortet Herr Betsch, dass sich die Kosten für einen Neubau der Brücke auf ca. 66.000,-€ geschätzt werden. Der Anregung vom sachkundigen Bürger Banse, die Brücke stehen und als Kunstwerk verrotten zu lassen, bringt Herr Betsch den Hinweis auf die Verkehrssicherungspflicht der Stadt entgegen. Es bestünde beispielsweise die Gefahr, dass spielende Kinder von herunterfallenden Balken getroffen würden. Ratsherr Meffert erkundigt sich nach den Kosten für den Abbau der Brücke. Diese beliefen sich nach Auskunft von Herrn Betsch auf einen hohen 4-stelligen Betrag. Diesbezügliche Angebote müssten jedoch noch eingeholt werden. Auf die Frage von Ratsfrau Niegeloh, warum die Brücke kaputtgegangen sei, antwortet Herr Betsch, dass aufgrund der Konstruktion der Brücke Holzteilverbindungen schlecht belüftet und deshalb im Laufe der Zeit verrottet seien. Sachkundiger Bürger Quaß spricht sich für einen zeitnahen Abbau der Brücke aus, da er einen Erhalt für unwirtschaftlich hält. Sachkundiger Bürger Weyen erkundigt sich nach dem Zustand der anderen Brücken. Herr Betsch erklärt, dass die Prüfung aller Holzbrücken im Stadtgebiet keine weiteren nennenswerten Beanstandungen ergeben habe.

Die Ausschussmitglieder einigen sich einvernehmlich darauf, die Brücke gesperrt zu lassen. Im Rahmen der Haushaltsberatungen 2015 soll über Abbau bzw. Erhalt der Brücke entschieden werden. Die Verwaltung soll dafür auch die Höhe der Kosten für den Abbau beziffern.

## **6 Anträge**

### **6.1 Antrag des Ratsherrn Müller (Zentrum) vom 23.01.2014 im Rahmen einer gemeinsamen Initiative mit der SPD-Fraktion zur Aktualisierung der Verkehrsfrequenz der Linie U 76 im Rahmen des ÖPNV auf dem Gebiet der Stadt Meerbusch** **Vorlage: FB5/161/2014**

Herr Trapp informiert darüber, dass die Verwaltung am 13.03.2014 eine schriftliche Anfrage an die Rheinbahn gerichtet habe, wie mit dem Antrag auf Fahrplanänderung umzugehen sei. Dieses Schreiben sei in Kopie Herrn Müller zugesandt worden. Fragen an Herrn Müller bezüglich der Konkretisierung seines Antrags blieben bisher unbeantwortet. Herr Hauke habe sich am 14.03.2014 selbst an die Rheinbahn gewandt. Seitdem habe die Verwaltung von der Angelegenheit nichts mehr gehört.

Beratendes Mitglied Hauke berichtet, dass noch keine Antwort der Rheinbahn vorläge. Er hält die vorgeschlagene Maßnahme für kostenneutral, da lediglich Frequenzen getauscht werden könnten. Ratsherr Peters hält eine Verdichtung der Verkehrsfrequenz im besagten Zeitraum für richtig, diese solle aber nicht zulasten der Tagfrequenz gehen. Auf die Frage von Ratsfrau Pricken, was eine Verdichtung kosten würde, antwortet Herr Trapp, dass dieses nicht einfach über eine Kilometerumlage berechnet werden könne. Die Ermittlung der Mehrkosten stelle sich erheblich komplizierter dar. Er gab zu bedenken, dass von Seiten des Vorstands der Rheinbahn signalisiert werde, dass aufgrund des enormen Kostendrucks Verdichtungen vermieden werden sollen. Im Übrigen seien außer der Stadt Meerbusch auch die Städte Düsseldorf und Krefeld von einer Frequenzänderung betroffen. Sachkundiger Bürger von Canstein schlägt vor, die Rheinbahn um Einsicht in Verkehrszählungen und Statistiken zu bitten, um sich ein objektives Bild machen zu können. Sachkundiger Bürger Quaß trägt vor, dass er es für sinnvoll halte, Vertreter der Rheinbahn in den Bau- und Umweltausschuss einzuladen. Einhellige Meinung der Fraktionen ist es, die Antwort der Rheinbahn abzuwarten und danach gegebenenfalls einen neuen Antrag zu formulieren.

Frau Niegeloh betont, dass es sich nicht um eine gemeinsame Initiative der SPD-Fraktion und der Partei Zentrum handele. In Gesprächen sei von Seiten der SPD lediglich geäußert worden, dass der Vorschlag des Zentrums sinnvoll sein könne.

**6.2 Antrag der FDP-Fraktion vom 11.03.2014 zum Fußweg zwischen Buschstraße und Mönkesweg; hier: trittfester Belag  
Vorlage: FB5/162/2014**

Herr Trapp führt aus, dass im nächsten Jahr mit dem Bau der K9n begonnen werde. Der derzeitige – vor kurzer Zeit vom Baubetriebshof überarbeitete – Fußweg würde dann überbaut werden. Für die Radfahrer bestehe darüber hinaus eine Parallelverbindung über den Schloßendweg.

Die FPD-Fraktion zieht den Antrag zurück.

**6.3 Antrag der UWG-Fraktion vom 19.03.2014 bez. Einrichtung einer Tempo-30-Zone auf der Theodor-Hellmich-Straße in Meerbusch-Büderich  
Vorlage: FB5/165/2014**

Herr Trapp informiert darüber, dass in Kürze die gesamte Theodor-Hellmich-Straße Bestandteil einer Tempo-30-Zone wird.

Der Antrag wird zurückgezogen.

**6.4 Antrag der UWG-Fraktion vom 20.03.2014 bez. Errichtung Fahrradständer im Bereich Alter Markt in Meerbusch-Lank-Latum**  
**Vorlage: FB5/166/2014**

**Beschlussvorschlag:**

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, die Verwaltung zu beauftragen im Bereich „Alter Markt Lank-Latum“ einen geeigneten Standort für die Errichtung von Fahrradständern zu suchen und für die Errichtung einen Kostenvoranschlag zu erstellen. Es soll die Möglichkeit geprüft werden, ob geeignete Sponsoren für die Fahrradständer gefunden werden können.

**Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
FDP		4	
SPD		3	
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG	1		
<b>Gesamt:</b>	<b>1</b>	<b>16</b>	<b>0</b>

Der Antrag wird abgelehnt.

Herr Trapp führt aus, dass es auf dem Alten Marktplatz kaum geeignete Fläche für den Aufbau von Fahrradständern gäbe. Aufgrund der Gastronomiebestuhlung kämen kaum andere als die Blauba-saltflächen in Frage. Zweifelhaft sei weiterhin die angemessene Anzahl an Fahrradständern, da an Wochenendtagen mit schönem Wetter voraussichtlich auch 100 Fahrradständer nicht ausreichen würden, die an den übrigen Tagen leer stünden. Dieses sei für das städtebauliche Erscheinungsbild des Platzes von großem Nachteil.

Nach eingehender Diskussion besteht ein breiter Konsens darüber, dass die Errichtung von Fahrradständern an dieser Stelle der Optik des Platzes schaden würde. Das Problem, dass an einigen Tagen sehr viele Fahrräder auf dem Platz abgestellt werden, sei dadurch nicht zu lösen. Auch eine große Anzahl von Fahrradständern könne dann nicht alle Fahrräder aufnehmen und viele Leute stellten ihr Fahrrad sowieso nicht in einem Ständer ab, sondern in der Nähe ihres Sitzplatzes.

Auf die Frage nach Elektrosteckdosen zur Aufladung von E-Bike Akkus antwortet Frau Frey, dass die Klimaschutzbeauftragte diesbezüglich mit den Gastwirten im Gespräch sei.

**6.5 Antrag der FDP-Fraktion vom 11.03.2014 zur Umwandlung der sog. Hunde-Wiese in Strümp in ein Bürgerwäldchen**  
**Vorlage: SB11/163/2014**

Frau Frey erläutert, dass die Bürgerwäldchen auf Initiative des Umwelt-Fördervereins entstanden sind. Die Stadt Meerbusch stelle hierfür die Grundstücke zur Verfügung. Sie führt weiterhin aus, dass es im Stadtgebiet bereits 4 Bürgerwäldchen gäbe und der fünfte Bürgerwald in Kürze in Buderich Am Eisenbrand entstehe. Im Ortsteil Strümp gäbe es bereits zwei Bürgerwäldchen und zwar im Westteil

von Strümp an der A57 und im Landschaftspark Strümp Busch. Weiterhin sei der Bereich der sogenannten Hunde-Wiese an der Buschstraße laut Bebauungsplan als Parkanlage vorgesehen.

Die FDP-Fraktion zieht den Antrag zurück.

## **6.6 Antrag der SPD-Fraktion vom 21.04.2014 bez. Standortkriterien Konverter Vorlage: FB1/168/2014**

Frau Frey erläutert, dass es sich bei dem Kriterienkatalog für den Standort eines Konverters um einen Katalog handelt, der von Amprion für das konkrete Projekt extra entwickelt wurde. Bei dem Workshop in Neuss habe Amprion nicht die Entscheidungen, sondern lediglich Meinungen und Anregungen von betroffenen Städten, Kreisen und Kommunen abgefragt. Diese konnten - mussten aber nicht - von Amprion in dem finalen Kriterienkatalog berücksichtigt werden. Die aus Sicht der Fachleute genannten wichtigen Kriterien seien entweder nur in einer abgeschwächten Form oder gar nicht in den finalen Katalog übernommen worden. Da es sich aber bei dem Workshop um keinen förmlichen Verfahrensschritt gehandelt habe, können aus Sicht der Verwaltung keine rechtlichen Schritte gegen den Kriterienkatalog unternommen werden. Der Bürgermeister habe jedoch in einem Schreiben an die Firma Amprion bemängelt, dass wesentliche im Workshop erarbeitete Kriterien keine Berücksichtigung gefunden haben.

Sachkundiger Bürger Banse sieht die Möglichkeiten zur Einleitung rechtlicher Schritte als sehr begrenzt an. Viel mehr müsse auf politischer Ebene mehr passieren. Ratsherr Meffert plädiert dafür, dass alle Beteiligten zwar weiterhin konsequent dabei bleiben sollten, dass der Konverterstandort falsch sei, jedoch zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht jegliches Argumentationsmaterial angewendet werden solle, damit im weiteren Verfahrensverlauf noch genügend starke Argumente eingebracht werden können. Sachkundiger Bürger Quaß hält eine pessimistische Grundstimmung im Hinblick auf die Standortwahl und die Möglichkeiten, dagegen vorzugehen für unangebracht. Vielmehr solle durch eine deutliche Positionierung Stärke gezeigt werden. Die Kommunalpolitiker sollen zu diesem Thema in Kontakt mit den Politikern auf Landes- und Bundesebene bleiben. Die Veröffentlichung der Firma Amprion zum Standort des Konverters bliebe abzuwarten. Im Falle, dass Osterath Standort sei, müsse die Möglichkeit, juristisch dagegen vorzugehen, geprüft werden. Ratsherr Schleifer teilt die Meinung der Verwaltung und lobte das Engagement der Bürgerinitiativen, Parteien und der Verwaltung im Kampf gegen den Konverter.

Der Vorsitzende erteilt Frau Köser-Voitz von der Bürgerinitiative gegen den Konverter das Wort. Sie trägt vor, dass auch die Bürgerinitiative zum jetzigen Zeitpunkt nicht die Notwendigkeit bzw. Möglichkeit der Einleitung rechtlicher Schritte sehe. Erst im Juni, wenn die Standortvorschläge von Amprion bekannt gegeben werden, werde die Bürgerinitiative die Bürgerinnen und Bürger zu Aktionen und Abgabe der Stellungnahmen mobilisieren.

Aufgrund der Erläuterungen von Frau Frey und der anschließenden Diskussion hat sich Antrag aus Sicht der SPD-Fraktion erledigt.

*Anmerkung der Schriftführerin: Das Schreiben mit der Stellungnahme des BM zum Finalen Kriterienkatalog ist als Anlage beigefügt.*

**6.6.1 Anfrage der FDP-Fraktion vom 05.05.2014 zum 1. Entwurf des Netzentwicklungsplanes (NEP) 2014**  
**Vorlage: FB1/105/2014**

Ratsherr Schleifer trägt die Anfrage der FDP-Fraktion vor.

Frau Frey informiert darüber, dass die Stellungnahmen der Verwaltung zum 1. Entwurf des Netzentwicklungsplans 2014 und zur Festlegung des Untersuchungsrahmens für die Strategische Umweltprüfung 2014, die bis zum 28.05.2014 abgegeben werden müssen, am 15.05.2014 dem Rat zur Kenntnis vorgelegt werden. Die Verwaltung prüfe zurzeit die Unterlagen.

Sie erklärt, dass der von den Übertragungsnetzbetreibern erarbeitete 1. Entwurf des NEP 2014 auf Basis der abgegebenen Stellungnahmen überarbeitet werde. Der 2. Entwurf werde im Sommer 2014 von der Bundesnetzagentur veröffentlicht und nochmals zur Konsultation gestellt. Im 1. Entwurf stellen die Übertragungsnetzbetreiber gewählte Verfahren, Methoden und genutzte Daten sowie die daraus abgeleiteten Maßnahmen zur bedarfsgerechten Optimierung, Verstärkung und zum Ausbau des Stromnetzes der Öffentlichkeit zur Verfügung. Er beschreibe den möglichen Weg zum leistungsfähigen Übertragungsnetz und 10 bzw. 20 Jahren auf der Grundlage des von der Bundesnetzagentur genehmigten Szenariorahmens. Nicht geprüft werden in diesem Zusammenhang konkrete räumliche Alternativen zu Einzelmaßnahmen wie z.B. Standort eines Konverters, konkrete Trassenverläufe etc. Deshalb könne die Verwaltung zum möglichen Standort des Konverters in Osterath in diesem Verfahren keine Stellungnahme abgeben. Die Verwaltung werde basierend auf bereits abgegebenen Stellungnahmen zum NEP 2012 und NEP 2013 Stellung nehmen.

Zur Festlegung des Untersuchungsrahmens für die strategische Umweltprüfung 2014 führt Frau Frey aus, dass der Untersuchungsrahmen unter anderem die Methodik und die Detailschärfe der Prüfung fest lege. Im Bundesbedarfsplan seien keine konkreten Leitungstrassen definiert, sondern lediglich die Netzverknüpfungspunkte und der Stromübertragungsbedarf. Aus diesem Grunde können hier leider keine konkreten Aussagen zu Umweltauswirkungen für die einzelnen Maßnahmen getroffen werden. Auch dazu werde die Verwaltung in der Stellungnahme Bezug auf die vorherigen Stellungnahmen nehmen.

*Anmerkung der Schriftführerin: Die Anfrage ist als Anlage beigefügt.*

**6.7 Anfrage und (Eil-)Antrag der FDP-Fraktion vom 04.05.2014 zur Entschleunigung im Bereich Xantener Straße, Strümp, Höhe Blinden- und Sehbehindertenzentrum**  
**Vorlage: FB5/169/2014**

Ratsherr Schleifer trägt den Inhalt der Anfrage der FDP-Fraktion vor. Herr Trapp berichtet, dass gemäß des Beschlusses des Bau- und Umweltausschusses vom 09.04.2014 (*TOP 11.6*) Bürgermeister Spindler im Schreiben vom 16.04.2014 (*s. Anlage*) die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Entschleunigung der Moerser Straße / Xantener Straße dem Landesbetrieb Straßenbau NRW vorgestellt und um einen Gesprächstermin gebeten habe. Eine Antwort läge noch nicht vor.

Bezüglich der von den Kleenen Strömpern und der FDP-Fraktion beantragten Maßnahmen zum Knotenpunkt Xantener Straße / Helen-Keller-Straße weist Herr Trapp auf die Stellungnahme der Kreispolizeibehörde hin (*s. Anlage*). Diese Stelle könne nicht als Gefahrenstelle eingestuft werden. Aus fachlicher Sicht sei die Installation einer Signalanlage aufgrund der tatsächlichen Verkehrsverhältnisse

nicht sinnvoll, da der Verkehr aus der Helen-Keller-Straße gering sei und es kaum Querungen von Fußgängern gäbe. Bei den vorhandenen Querungen in den Bereichen Moerser-Straße / Schlossstraße und Moerser Straße / Buschstraße sei eine Umrüstung der Signalanlagen mit Zusatzeinrichtungen für Blinde und Sehbehinderte dagegen gerechtfertigt. Diese Maßnahmen werden von der Stadt Meerbusch als untere Straßenbehörde angeordnet und vom Landesbetrieb Straßen NRW umgesetzt. Kurzfristig könne insbesondere mit einer Änderung der Signalzeitenpläne zur Verlängerung der Grünphasen für Fußgänger nicht gerechnet werden, da oftmals der Aufwand der Umrüstung von Signalanlagen – unabhängig von der Frage der Realisierbarkeit im Hinblick auf die technischen Möglichkeiten der Steuergeräte der Lichtsignalanlage - sehr hoch sei.

Sachkundiger Bürger Nieberding spricht den Knotenpunkt Moerser Straße / Bergfeld an. Dort gäbe es für Fahrradfahrer und Fußgänger auf der Moerser Straße das Grünsignal nur auf Anforderung, was zu häufigen Querungen bei Rot führe. Er regt eine Änderung der Schaltung dahingehend an, dass Radfahrer und Fußgänger automatisch gleiche Grünphasen wie die Kraftfahrzeuge haben. Sachkundiger Bürger von Canstein hält die derzeitige Schaltung für sehr gefährlich und hält eine unverzügliche Änderung für unumgänglich. Sachkundiger Bürger Weyen hält die Grünphasen für zu kurz. Herr Trapp weist darauf hin, dass die Signalanlage im Zuge der Anpassung an die Belange der Blinden und Sehbehinderten eine längere Grünphase bekomme.

*Anmerkung der Schriftführerin:*

*Der diesbezügliche Termin mit dem Landesbetrieb findet am 05.06.2014 statt.*

*Der Niederschrift beigefügt sind:*

- *Anfrage und (Eil-)Antrag der FDP-Fraktion vom 04.05.2014*
- *Schreiben des Bürgermeisters vom 16.04.2014 an den Landesbetrieb Straßenbau NRW*
- *Schreiben des Landesministeriums vom 24.04.2014 an die Interessengemeinschaft „Kleene Strömper“*
- *Schreiben des Landesministeriums vom 10.06.2014 an die Interessengemeinschaft „Kleene Strömper“*
- *Stellungnahme der Verwaltung vom 03.04.2014 an die Kreispolizeibehörde*
- *Unfalldatenblatt*
- *Stellungnahme der Kreispolizeibehörde*
- *Schreiben „Kleene Strömper“ vom 13.02.2014 an Landesministerium*

## **7 Anfragen**

### **7.1 Anfrage der UWG-Fraktion vom 19.03.2014 bez. Sicherheit der Fahrradwege im Meerbuscher Stadtgebiet Vorlage: FB5/101/2014**

Herr Trapp bezweifelt die Wirksamkeit von Piktogrammen oder Schildern an den Gefahrenstellen bei Tankstellenausfahrten oder der Ausfahrt vom Apfelparadies, wie es als Vorschlag in dem Antrag formuliert ist. Es gäbe bei den Autofahrern die Routine, vor dem Rechtsabbiegen lediglich nach links zu blicken. Radfahrer müssen sich dieser Gefahr bewusst sein und sich durch defensives Fahren schützen. Zur Situation bei der Zufahrt zum Geschäftsbetrieb Apfelparadies in Strümp sagt Herr

Trapp, dass die Verwaltung bereits im Wege einer Anordnung den Landesbetrieb Straßenbau NRW aufgefordert habe, die gestrichelte Linie für Linksabbieger aus Richtung Lank bei der 1. Zufahrt hinter der Ampel zu entfernen. Dadurch sei lediglich die 2. Zufahrt als Einfahrt in das Gelände zulässig. Außerdem gäbe es bei der Ausfahrt ein Rechtsabbiegegebot. Ratsfrau Niegeloh erkundigt sich nach der Möglichkeit, an den Ausfahrten Bodenmarkierungen anzubringen, die die Autofahrer zusätzlich auf kreuzenden Fahrradverkehr aufmerksam machen können. Herr Trapp gibt zu bedenken, dass sogar die Wirksamkeit von Verkehrszeichen in Augenhöhe begrenzt sei, so dass eine Bodenmarkierung erfahrungsgemäß noch weniger Beachtung fände.

## **7.2 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.03.2014 zu den Maßnahmen auf der Dorfstraße in Meerbusch-Büderich Vorlage: FB5/102/2014**

Herr Trapp informiert darüber, dass vor der Aufplasterung im Kreuzungsbereich zur Feldstraße neue Senken gebaut werden müssen, da das Regenwasser nach der Aufpflasterung nicht mehr durch die vorhandenen Rinnen laufen kann. Damit werde im Sommer begonnen, der Einbau der Decke erfolge in den Herbstferien.

Ratsherr Peters erkundigt sich nach der Möglichkeit einer Markierung, die einen Radstreifen von der Fahrbahn abtrennt. Herr Trapp berichtet, dass der Landesbetrieb als Baulastträger diese Maßnahme aufgrund der schmalen Fahrbahn abgelehnt habe. Ratsherr Peters wendet ein, dass es derartige Fahrradstreifen in anderen Städten auch gäbe. Herr Trapp erwidert, dass eine verbelibende Fahrbahnbreite von lediglich 4 m zu schmal sei und es dadurch zu einem ständigen Überfahren der Linie käme.

Der Vorsitzende erteilt dem Zuschauer Herrn Vaillant das Wort. Dieser bedankt sich bei Politik und Verwaltung für die Umsetzung der verkehrsberuhigenden Maßnahmen auf der Dorfstraße, insbesondere die Tempo-30-Zone und die elektronischen Tempoanzeigen.

## **8 Bericht der Verwaltung**

Seitens der Verwaltung besteht kein Berichtsbedarf.

## **9 Termin der nächsten Sitzung: 03. September 2014**

Nach dem Langzeitplan findet die nächste Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am Mittwoch, den 03. September 2014 statt.

## **10      Verschiedenes**

### **10.1    Schwerlastverkehr auf der Rottfeldstraße**

Sachkundiger Bürger Banse erinnert daran, dass die Verwaltung in der vorletzten Sitzung des Bau- und Umweltausschusses gebeten worden sei, zum Schwerlastverkehr auf der Rottfeldstraße Stellung zu nehmen. Herr Trapp verweist auf die Ausführungen zum Ausbau der Osterather Straße (*Sitzung des Bau und Umweltausschusses am 09.04.2014, TOP 6*).

Sachkundiger Bürger Banse weist darauf hin, dass an der Einmündung Rottfeldstraße / Zur alten Burg auf dem Fußgängerweg Platten aufgebrochen seien. Der Grund dafür seien Ausweichmanöver des Schwerlastverkehrs über den Fußweg. Private Zählungen haben ergeben, dass am 07.04.2014 fünf Sattelzüge und am 08.04.2014 vier Sattelzüge diese Stelle passiert haben. Die Anwohner seien sehr unzufrieden mit der Situation. Er drängt auf Behebung dieses Missstandes. Herr Trapp erwidert, dass ihm die Schäden auf dem Fußgängerweg bisher nicht bekannt gewesen seien und er sich dessen annehmen werde.

### **10.2    Parkplatz am Modellflugplatz**

Sachkundiger Bürger Quaß erkundigt sich nach dem Ausgang eines Gesprächs, das Technischer Beigeordneter Dr. Gérard mit einem Vertreter der Luftsportfreunde bezüglich des Zugangs zu dem dem Verein gehörenden Parkplatz an veranstaltungsfreien Tagen geführt habe. Herr Trapp sagt eine diesbezügliche Rücksprache mit Dr. Gérard zu.

*Anmerkung der Schriftführerin: Dieses Thema wurde in der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 29.01.2014 bereits angesprochen. Die Beantwortung der Frage ergibt sich aus der Niederschrift der Sitzung vom 29.01.2014 unter TOP 13.1.*

### **10.3    Gefahrenstelle auf der Lötterfelder Straße**

Herr Meffert weist darauf hin, dass der hintere Teil der Lötterfelder Str. schlecht einsehbar sei. Herr Trapp berichtet, dass eine kurzfristige Beseitigung dieser Gefahrenstelle nicht geplant sei, da für die Aufweitung der Kurve Flächen angekauft werden müssen. Das Problem sei der Verwaltung bekannt. An der Lösung werde gearbeitet.

### **10.4    Arbeitsgruppe Flugrouten**

Ratsfrau Niegeloh erkundigt sich danach, ob die in der Fluglärmkommission beschlossene „Arbeitsgruppe Flugrouten“ bereits gegründet sei und wer Mitglied werden könne. Herr Bechert sagt eine entsprechende Information zu.

*Anmerkung der Schriftführerin: Eine Anfrage ergab, dass die AG demnächst gegründet werde und neben dem Flughafen selbst Vertreter der Airlines, der Deutschen Flugsicherung, der Bundesvereinigung gegen Fluglärm, der Bürgerinitiativen und der Kommunen als Mitglieder haben solle. Der Flughafen lade in Kürze ein.*

## **10.5 Nutzung des Rheindamms durch Fußgänger und Fahrradfahrer**

Ratsfrau Niegeloh spricht die Schwierigkeiten der gemeinsamen Nutzung des Rheindamms durch Fußgänger und Radfahrer an. Sie hält die hohe Geschwindigkeit, mit der Rennradfahrer unterwegs seien für besonders gefährlich und erkundigt sich nach der Möglichkeit einer Geschwindigkeitsbegrenzung. Herr Trapp weist darauf hin, dass es in der Straßenverkehrsordnung (StVO) keine Unterscheidung zwischen Radfahrern und Rennradfahrern gäbe. Das Gesetz schreibe die Rücksichtspflicht von Radfahrern gegenüber Fußgängern vor. Die Durchsetzung gestalte sich jedoch schwierig.

## **10.6 Holzbänke auf dem Platz am Schmitterhof**

Sachkundiger Bürger Banse weist darauf hin, dass auf dem Platz am Schmitterhof Sitzelemente aus Beton und Holz abgestellt worden seien. Herr Trapp sagt zu, Maßnahmen zur Beseitigung in die Wege zu leiten.

*Anmerkung der Schriftführerin: Die von Unbekannten dort abgestellten Sitzelemente wurden umgehend durch die Verwaltung entfernt.*

Meerbusch, den 3. Juni 2014

---

Thomas Gabernig  
Ausschussvorsitzender

---

Anke Hartl  
Schriftführer/in